

# **Badische Landesbibliothek Karlsruhe**

**Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe**

## **Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1863**

22.5.1863 (No. 119)



# Karlsruher Zeitung.

Freitag, 22. Mai.

N. 119.

Vorausbezahlung: halbjährlich 4 fl., vierteljährlich 2 fl., durch die Post im Großherzogthum Baden 4 fl. 15 kr. und 2 fl. 8 kr.  
Einrückungsgebühr: die gespaltene Petitzeile oder deren Raum 5 kr. Briefe und Gelder frei.  
Expedition: Karls-Friedrichs-Straße Nr. 14, woselbst auch die Anzeigen in Empfang genommen werden.

1863.

## Amtlicher Theil.

Karlsruhe, den 21. Mai.

Durch Allerhöchste Ordre vom 20. d. M. wird der Vize-Regimentar des (1.) Leib-Drägerregiments, Heinrich Kamu, zum Stabsquartiermeister ernannt.

## Nicht-Amtlicher Theil.

### Telegramme.

△ Berlin, 21. Mai. Abgeordnetenhaus. Gleich beim Beginne der Sitzung erscheint Hr. v. Bismarck. Der Präsident verkündigt, der Ministerpräsident werde eine königl. Botschaft mittheilen. Derselbe besagt:

Durch den Anspruch auf die Disziplinargewalt über die Minister und durch das Ausrufen des Schweigens seien die verfassungsmäßigen Rechte des Ministeriums verletzt. Durch zwei Schreiben habe das Ministerium Gelegenheit gegeben, die Sache auf die Bedeutung eines vereinzelt Fall zurückzuführen. Das Haus sei diesem versöhnlichen Schritte nicht entgegengekommen und habe vielmehr indirekt das Verfahren seines Präsidenten sich angeeignet. Die Würde der Krone entspreche nicht einer solchen Stellung der Minister. „Also können wir nur ermahnen, diesem Stande der Sache ein Ende zu machen, damit die geschäftlichen Verhandlungen weiter geführt werden können.“

Hr. v. Bismarck verläßt das Haus. Der Abg. Birchow beantragt die Verweisung der Botschaft an den Adressatenausschuß. Die Minister hätten den König falsch berichtet; auch bei dieser Gelegenheit müsse man dem Könige zeigen, welche Rathgeber er habe. (Beifall.) Die Abgg. v. Schybel und Graf Schwerin unterstützen den Antrag. Der Präsident Grabow wollte in der Tagesordnung fortfahren, doch wurde die Zurückweisung einstimmig beschlossen.

Nächste Sitzung unbestimmt, wahrscheinlich morgen.  
Frankfurt, 20. Mai. Die „Europe“ will aus offizieller Quelle (wahrscheinlich von Frankreich) wissen: die russische Regierung hat die Ueberzeugung gewonnen, daß der Aufstand in die altpolnischen Provinzen getragen werden soll. Sie beabsichtigt deshalb in den Westprovinzen die Organisation der bauerlichen Landmiliz behufs Ueberwachung des Abels und Aufrechterhaltung der Ordnung. Die „Europe“ nennt die Maßregel eine legalisirte Jacquerie von schredenerregender Tragweite.

† Krakau, 21. Mai. Dem heutigen „Gaz“ zufolge soll eine Abtheilung Doborski's gegen die Russen unter Hilferding in der Gegend von Sklodowa glücklich gesiegt haben. Dembrowski soll die Russen bei Koczew geschlagen haben. In Podlachien (bei Walskonia) sollen Myszkowski und Pulzowski eine russische Abtheilung aufgerieben haben.

† Lenberg, 20. Mai. Zwischen Verdjizew und Macnonka sollen die Insurgenten einen glücklichen Kampf bestanden haben. Wisznjowski ist über den Bug nach Kongresspolen zurückgekehrt.

△ London, 21. Mai. Die englische Bank hat ihren Diskonto auf 4 Proz. erhöht.

### \* Kg. Ein Vergehen.

(Schluß aus Nr. 118.)

„Die alte Heimald hat ein Ende,“ fuhr er sanft fort, „und Sie müssen von ihr scheiden, Elisabeth. Bin kann nicht wieder nach Tamsford — könnte es nicht, wenn Ihr Vater leben geblieben wäre; so muß er eben zuletzt zu Edward nach Kanada.“

„Ich komme den Fuß fest auf das Duerholz des Pulks, um mir mein Bittren nicht anmerken lassen zu müssen.“

„Und Felicie wird mit ihm gehen,“ begann er wieder.

„Felicie!“ rief ich aus.

„Ja,“ sagte er mit einem gewissen Zwang; „Dobert Clarke, der Bruder Eines Heinrich Clarke's, in dessen Familie sie Erzieherin war, hat ihr ein Vermächtniß von tausend Pfund hinterlassen, von dem sie in Kanada unabhängig leben kann.“

„Oh, ich verstehe jetzt Alles!“ rief ich; „meine arme, meine herzliche, hübschende Felicie; sie liebte den Oberst; sie liebten einander. Er ist also todt?“

„Todt,“ lautete die kurze Antwort; und nach einer Pause fuhr er fort: „Felicie und Bin gehen also nach Kanada, sie sind aber einverstanden, Sie zurückzulassen, wenn Sie an einen Freund denken können, mit dem Sie glücklich zu leben vermöchten. Denken Sie nach, Elise, könnten Sie glücklich sein mit mir?“

„Ich vermochte einzig das Haupt auf die Hand niederzulegen, die auf dem Pult vor mir lag, und immer wieder leise zu sagen und zu lächeln, „gütlich,“ wie unser Kindchen mit seinem „gut, gut“ gethan hatte, als es erst ein paar fallende Sylben zu sprechen vermochte.“

„Gehen wir zu Felicie,“ sagte ich, lange nachher, als die Abendstille verweht war; und er geleitete mich die von Kinderfüßen vielgetretenen Gänge entlang nach dem Wohnzimmer, wo wir sie im Zwielicht sitzend sahen, die kleine Bella matt ruhend ihr im Schooß. Sie lächelte hell, als Herr Garforth ihr von unserer Verlobung sagte, und setzte das Kind nieder, mich in ihre Arme zu schließen.

Lissabon, 18. Mai. Der Herzog von Brabant hat heute Lissabon an Bord einer portugiesischen Fregatte verlassen. Er begibt sich nach Bordeaux, um von da nach Brüssel zurückzukehren.

## Deutschland.

Karlsruhe, 21. Mai. Ihre königliche Hoheit der Großherzogin und die Frau Großherzogin mit Seiner königlichen Hoheit dem Erbgroßherzog sind heute, von Baden kommend, dahier eingetroffen. Nachdem gestern Ihre kaiserliche Hoheit die Frau Prinzessin Wilhelm, von Baden kommend, dahier eingetroffen war, traf heute Seine Großherzogliche Hoheit der Prinz Wilhelm, von Berlin kommend, hier ein. Ferner sind Ihre Großherzogliche Hoheit die Frau Martgräfin und die Prinzessin Elisabeth, von Stuttgart kommend, heute dahier eingetroffen.

Sämmtliche höchste Herrschaften haben heute Ihre königliche Hoheit die Frau Großherzogin Sophie zu höchstem Geburtstages beglückwünscht.

Heute Abend haben sich Ihre königliche Hoheit der Großherzog, die Frau Großherzogin und der Erbgroßherzog wieder nach Baden zurückbegeben.

Dresden, 18. Mai. Das „Dresden. Journ.“ meldet das heute erfolgte Hinscheiden der zweiten Tochter des Prinzen Georg von Sachsen, zweiten Sohnes des Königs Johann, der Prinzessin Elisabeth, in einem Alter von 1 1/2 Jahr. Das königl. sächsische Haus steht nur noch auf wenigen Augen: Der Kronprinz ist kinderlos und Prinz Georg hatte bis jetzt nur Tochter.

Berlin, 19. Mai. Folgendes ist der Wortlaut der an den König zu richtenden Adresse, wie dieselbe von der Adresskommission heute beschlossen worden ist:

„Allerburchlauchtigster, Großmächtigster König! Allergnädigster König und Herr! Im Beginn der gegenwärtigen Session hat das Haus der Abgeordneten, eine schwere Pflicht gegen die Krone und Land erfüllend, Ew. Königl. Majestät seine Auffassung von der Lage des Landes offen und ehrfurchtsvoll dargelegt. Angesichts dieser Lage sah es sich zu der feierlichen Erklärung genöthigt, daß der innere Frieden und die Kraft nach außen dem Lande nur durch die Rückkehr zu verfassungsmäßigen Zuständen wiedergegeben werden könne.“

Es sind seitdem mehr als drei Monate vergangen, ohne daß die Verfassungserklärung befestigt, ohne daß eine Bürgschaft dafür gewonnen wäre, daß dieselbe sich nicht wiederholen werde. Die Minister Ew. Majestät haben vielmehr fort, verfassungswidrige Grundzüge offen auszusprechen und zu behaupten. Nicht genug damit, haben sie ihre Mitwirkung dazu verweigert, das in der Verfassung verheißene Ausführungsgesetz über die Verantwortlichkeit der Minister mit der Landesvertretung zu vereinbaren; ja sie haben keinen Anstand genommen, vor versammeltem Hause zu erklären, daß sie ihre Verantwortlichkeit dem Spruche des, von der Verfassung dazu berufenen Gerichtshofes nicht unterwerfen könnten. Endlich haben sie sich unter dem nichtigen Vorwande den Verhandlungen im Hause entzogen und entgegen der klarsten Bestimmung der Verfassung, welche jedem der beiden Häuser das Recht zuspricht, die Gegenwart der Minister zu verlangen, ihr Erscheinen im Hause von einer Bedingung abhängig gemacht, welche nur darauf berechnet ist, einen neuen Streitpunkt über unser Verfassungsrecht aufzustellen.

Dem innern Zerwürfniß hat sich feld wachsend die äußere Gefahr zugesellt. Unter Ew. Majestät Regierung war Preußens äußere Lage gün-

stiger geworden, als seit langer Zeit. Die Hoffnung auf Wiederherstellung der Macht und Einheit Deutschlands hatte sich von neuem belebt. An die Stelle der Sondergelüste und des Misstrauens zwischen den einzelnen deutschen Stämmen begann ein frischer Geist des Zusammenwirkens nach dem Einen großen nationalen Ziele zu treten. Unser erhabenes Königshaus schien berufen, die höchsten Aufgaben der Nation zu verwirklichen. Die gegenwärtigen Minister Ew. Majestät haben diese Erwartungen vereitelt. Durch ihre Politik nach Außen, durch ihr verfassungswidriges Verfahren im Innern haben sie das Vertrauen der Völker und der Regierungen verscherzt. Sie selbst haben im Hause der Abgeordneten auszusprechen müssen, daß Preußen Feinde ringsum hat, daß ihm ringeum kriegerische Verwicklungen drohen, Preußen steht fast allein in Deutschland, ja in Europa. Das Haus der Abgeordneten hat seine Stimme zu wiederholten Malen erhoben, um die Minister Ew. Majestät aufzuhalten auf den gefährlichen Wegen, welche sie in der auswärtigen Politik betreten haben. Sein Rath ist zurückgewiesen worden. Die Minister haben erklärt, sie würden, wenn sie es für nöthig hielten, Krieg führen mit oder ohne Zustimmung der Landesvertretung.

Inzwischen hat das Haus der Abgeordneten pflichtmäßig diejenigen Verhandlungen fortgesetzt, welche dem Lande seine verfassungsmäßige Wehrverfassung erhalten, dem Heere die gesetzliche Grundlage sichern, die Ordnung des Staatshaushalts herstellen, dem Lande sein verfassungsmäßiges Recht und seinen innern Frieden wiedergeben konnten und sollten. Nur das Bewußtsein, daß es sich um die höchsten Güter der Krone und des Landes handle, vermochte den Abgeordneten die Selbstverleugung zu geben, mit welcher diese Verhandlungen geführt sind. Durch die neue Deutung des Art. 60 der Verfassung, durch das Abbrechen der persönlichen Verhandlungen mit dem Hause, haben sich die Minister selbst der letzten Möglichkeit einer Verständigung entzogen. Sie haben den letzten Zweck der Session vereitelt.

Allerburchlauchtigster etc. Das Haus der Abgeordneten naht dem Throne in einem Augenblick, in welchem, wie es hofft, die Würfel der Entscheidung noch nicht gefallen sind. Es erfüllt noch einmal seine Gewissenspflicht, indem es vor Ew. Majestät in tiefer Ehrfurcht erklärt: Das Haus der Abgeordneten hat keine Mittel der Verständigung mehr mit diesem Ministerium; es lehnt seine Mitwirkung zu der gegenwärtigen Politik der Regierung ab. Im Innern und nach Außen, in Form und Sache besteht zwischen den Rathgebern der Krone und dem Lande eine Kluft, welche nach unserer festen Ueberzeugung nur durch einen Wechsel der Personen und mehr noch durch einen Wechsel des Systems ausgefüllt werden wird.

Königliche Majestät! Das Land verlangt vor Allem Achtung vor seinem verfassungsmäßigen Rechte. Möge die ehrfurchtsvolle Bitte der Abgeordneten bei Ew. Majestät Gehör finden, Möge Ew. Majestät so, wie in den ruhmreichsten Tagen unserer Vergangenheit, den Glanz Egl. Hauses, die Macht und Sicherheit der Regierung in dem gegenseitigen Bande des Vertrauens und der Treue zwischen Fürst und Volk suchen und finden. Nur in dieser Einigkeit sind wir stark. Entrost können wir dann — aber auch nur dann — einem jeden Angriffe entgegenstehen, er komme, woher er wolle. In tiefer Ehrfurcht verharren wir Ew. Egl. Majestät allerunterthänigste treuegehorsamste das Haus der Abgeordneten.“

Die Adresse soll Donnerstag 9 Uhr zur Verhandlung kommen. Es ist mündliche Berichterstattung beschlossen und ist dieselbe dem Abg. v. Unruh übertragen.

Berlin, 19. Mai. Zur Lage schreibt die „National-Ztg.“ u. A.:

Man ist vielmehr allgemein überzeugt, daß der Schluß der Session in kürzester Frist bevorsteht. An eine Auflösung wird dabei nicht gedacht, sondern die Finanzverwaltung wird, wie früher ohne Budget, jetzt ohne Budgetberatung fortgeführt werden. Hiermit wird die Regierung voll-

ständig geworden, als seit langer Zeit. Die Hoffnung auf Wiederherstellung der Macht und Einheit Deutschlands hatte sich von neuem belebt. An die Stelle der Sondergelüste und des Misstrauens zwischen den einzelnen deutschen Stämmen begann ein frischer Geist des Zusammenwirkens nach dem Einen großen nationalen Ziele zu treten. Unser erhabenes Königshaus schien berufen, die höchsten Aufgaben der Nation zu verwirklichen. Die gegenwärtigen Minister Ew. Majestät haben diese Erwartungen vereitelt. Durch ihre Politik nach Außen, durch ihr verfassungswidriges Verfahren im Innern haben sie das Vertrauen der Völker und der Regierungen verscherzt. Sie selbst haben im Hause der Abgeordneten auszusprechen müssen, daß Preußen Feinde ringsum hat, daß ihm ringeum kriegerische Verwicklungen drohen, Preußen steht fast allein in Deutschland, ja in Europa. Das Haus der Abgeordneten hat seine Stimme zu wiederholten Malen erhoben, um die Minister Ew. Majestät aufzuhalten auf den gefährlichen Wegen, welche sie in der auswärtigen Politik betreten haben. Sein Rath ist zurückgewiesen worden. Die Minister haben erklärt, sie würden, wenn sie es für nöthig hielten, Krieg führen mit oder ohne Zustimmung der Landesvertretung.

Inzwischen hat das Haus der Abgeordneten pflichtmäßig diejenigen Verhandlungen fortgesetzt, welche dem Lande seine verfassungsmäßige Wehrverfassung erhalten, dem Heere die gesetzliche Grundlage sichern, die Ordnung des Staatshaushalts herstellen, dem Lande sein verfassungsmäßiges Recht und seinen innern Frieden wiedergeben konnten und sollten. Nur das Bewußtsein, daß es sich um die höchsten Güter der Krone und des Landes handle, vermochte den Abgeordneten die Selbstverleugung zu geben, mit welcher diese Verhandlungen geführt sind. Durch die neue Deutung des Art. 60 der Verfassung, durch das Abbrechen der persönlichen Verhandlungen mit dem Hause, haben sich die Minister selbst der letzten Möglichkeit einer Verständigung entzogen. Sie haben den letzten Zweck der Session vereitelt.

Allerburchlauchtigster etc. Das Haus der Abgeordneten naht dem Throne in einem Augenblick, in welchem, wie es hofft, die Würfel der Entscheidung noch nicht gefallen sind. Es erfüllt noch einmal seine Gewissenspflicht, indem es vor Ew. Majestät in tiefer Ehrfurcht erklärt: Das Haus der Abgeordneten hat keine Mittel der Verständigung mehr mit diesem Ministerium; es lehnt seine Mitwirkung zu der gegenwärtigen Politik der Regierung ab. Im Innern und nach Außen, in Form und Sache besteht zwischen den Rathgebern der Krone und dem Lande eine Kluft, welche nach unserer festen Ueberzeugung nur durch einen Wechsel der Personen und mehr noch durch einen Wechsel des Systems ausgefüllt werden wird.

Königliche Majestät! Das Land verlangt vor Allem Achtung vor seinem verfassungsmäßigen Rechte. Möge die ehrfurchtsvolle Bitte der Abgeordneten bei Ew. Majestät Gehör finden, Möge Ew. Majestät so, wie in den ruhmreichsten Tagen unserer Vergangenheit, den Glanz Egl. Hauses, die Macht und Sicherheit der Regierung in dem gegenseitigen Bande des Vertrauens und der Treue zwischen Fürst und Volk suchen und finden. Nur in dieser Einigkeit sind wir stark. Entrost können wir dann — aber auch nur dann — einem jeden Angriffe entgegenstehen, er komme, woher er wolle. In tiefer Ehrfurcht verharren wir Ew. Egl. Majestät allerunterthänigste treuegehorsamste das Haus der Abgeordneten.“

Die Adresse soll Donnerstag 9 Uhr zur Verhandlung kommen. Es ist mündliche Berichterstattung beschlossen und ist dieselbe dem Abg. v. Unruh übertragen.

Berlin, 19. Mai. Zur Lage schreibt die „National-Ztg.“ u. A.:

Man ist vielmehr allgemein überzeugt, daß der Schluß der Session in kürzester Frist bevorsteht. An eine Auflösung wird dabei nicht gedacht, sondern die Finanzverwaltung wird, wie früher ohne Budget, jetzt ohne Budgetberatung fortgeführt werden. Hiermit wird die Regierung voll-

ständig geworden, als seit langer Zeit. Die Hoffnung auf Wiederherstellung der Macht und Einheit Deutschlands hatte sich von neuem belebt. An die Stelle der Sondergelüste und des Misstrauens zwischen den einzelnen deutschen Stämmen begann ein frischer Geist des Zusammenwirkens nach dem Einen großen nationalen Ziele zu treten. Unser erhabenes Königshaus schien berufen, die höchsten Aufgaben der Nation zu verwirklichen. Die gegenwärtigen Minister Ew. Majestät haben diese Erwartungen vereitelt. Durch ihre Politik nach Außen, durch ihr verfassungswidriges Verfahren im Innern haben sie das Vertrauen der Völker und der Regierungen verscherzt. Sie selbst haben im Hause der Abgeordneten auszusprechen müssen, daß Preußen Feinde ringsum hat, daß ihm ringeum kriegerische Verwicklungen drohen, Preußen steht fast allein in Deutschland, ja in Europa. Das Haus der Abgeordneten hat seine Stimme zu wiederholten Malen erhoben, um die Minister Ew. Majestät aufzuhalten auf den gefährlichen Wegen, welche sie in der auswärtigen Politik betreten haben. Sein Rath ist zurückgewiesen worden. Die Minister haben erklärt, sie würden, wenn sie es für nöthig hielten, Krieg führen mit oder ohne Zustimmung der Landesvertretung.

Inzwischen hat das Haus der Abgeordneten pflichtmäßig diejenigen Verhandlungen fortgesetzt, welche dem Lande seine verfassungsmäßige Wehrverfassung erhalten, dem Heere die gesetzliche Grundlage sichern, die Ordnung des Staatshaushalts herstellen, dem Lande sein verfassungsmäßiges Recht und seinen innern Frieden wiedergeben konnten und sollten. Nur das Bewußtsein, daß es sich um die höchsten Güter der Krone und des Landes handle, vermochte den Abgeordneten die Selbstverleugung zu geben, mit welcher diese Verhandlungen geführt sind. Durch die neue Deutung des Art. 60 der Verfassung, durch das Abbrechen der persönlichen Verhandlungen mit dem Hause, haben sich die Minister selbst der letzten Möglichkeit einer Verständigung entzogen. Sie haben den letzten Zweck der Session vereitelt.

Allerburchlauchtigster etc. Das Haus der Abgeordneten naht dem Throne in einem Augenblick, in welchem, wie es hofft, die Würfel der Entscheidung noch nicht gefallen sind. Es erfüllt noch einmal seine Gewissenspflicht, indem es vor Ew. Majestät in tiefer Ehrfurcht erklärt: Das Haus der Abgeordneten hat keine Mittel der Verständigung mehr mit diesem Ministerium; es lehnt seine Mitwirkung zu der gegenwärtigen Politik der Regierung ab. Im Innern und nach Außen, in Form und Sache besteht zwischen den Rathgebern der Krone und dem Lande eine Kluft, welche nach unserer festen Ueberzeugung nur durch einen Wechsel der Personen und mehr noch durch einen Wechsel des Systems ausgefüllt werden wird.

Königliche Majestät! Das Land verlangt vor Allem Achtung vor seinem verfassungsmäßigen Rechte. Möge die ehrfurchtsvolle Bitte der Abgeordneten bei Ew. Majestät Gehör finden, Möge Ew. Majestät so, wie in den ruhmreichsten Tagen unserer Vergangenheit, den Glanz Egl. Hauses, die Macht und Sicherheit der Regierung in dem gegenseitigen Bande des Vertrauens und der Treue zwischen Fürst und Volk suchen und finden. Nur in dieser Einigkeit sind wir stark. Entrost können wir dann — aber auch nur dann — einem jeden Angriffe entgegenstehen, er komme, woher er wolle. In tiefer Ehrfurcht verharren wir Ew. Egl. Majestät allerunterthänigste treuegehorsamste das Haus der Abgeordneten.“

Die Adresse soll Donnerstag 9 Uhr zur Verhandlung kommen. Es ist mündliche Berichterstattung beschlossen und ist dieselbe dem Abg. v. Unruh übertragen.

Berlin, 19. Mai. Zur Lage schreibt die „National-Ztg.“ u. A.:

Man ist vielmehr allgemein überzeugt, daß der Schluß der Session in kürzester Frist bevorsteht. An eine Auflösung wird dabei nicht gedacht, sondern die Finanzverwaltung wird, wie früher ohne Budget, jetzt ohne Budgetberatung fortgeführt werden. Hiermit wird die Regierung voll-



ständig auf dem vormärzlichen Boden angelangt sein, nur daß die Bürger- schaften fehlen werden, welche selbst der Absolutismus für unerlässlich hielt. Daß ein so unbedeutender Zwischenfall, wie die Unterbrechung des Herrn. Kriegsministers, diese konstitutionelle Katastrophe herbeiführt, ist für unsere Zustände besonders charakteristisch. Wäre ein gewisser Sinn für große Politik vorhanden, so würde der Konflikt wenigstens in seiner wahren Bedeutung gefaßt und nicht auf die beiläufige Terrain gespielt worden sein. Nach innen wie nach außen ist aber nur noch eine jeden kleinen Zwischenfall ergreifende Gelegenheitspolitik vorhanden.

Die „Berl. Allg. Ztg.“ sagt:

Die große Einmütigkeit, mit der heute das neueste Verlangen der Regierung, daß das Haus auf eine theoretische Deklaration seiner Geschäftsordnung eingehen solle, zurückgewiesen ist, hat große Freude erregt, und es verdient ausdrücklich hervorgehoben zu werden, daß auch derjenige Theil des Hauses, der nachher für unbedingte Fortsetzung der legislativen Versuche sich erklärte, auf das Bestimmteste gegen ein Verlangen auftrat, wonach das Haus sich dazu herbeilassen sollte, mit dem Staatsministerium Schriftstücke wegen Lösung von Geschäftsordnungs-Verhandlungen zu wechseln. Es ist damit erwiesen, daß das Haus auch in dieser neuesten Rechtsfrage bis auf eine ganz kleine Minorität einig ist. Die Differenzen in Bezug auf die Taktik sind eben — von dieser Minorität abgesehen — jetzt die einzigen wesentlichen zwischen den verschiedenen Fraktionen.

Die „National-Ztg.“ rätth entschieden von einer Bundes- exekution in Holstein ab und bemerkt in dem Betreff:

Wir geraten damit unter allen Umständen in Nachtheil. Entweder die Dänen geben nach; dann erhalten die traurigen Vereinbarungen von 1852 eine neue Sanction. Oder die Dänen sehen der Exekution ruhig zu, bürden Holstein die Last derselben auf, und haben unterdessen einen Vorwand, Schleswig um so ärger zu mißhandeln und zu dant- siren. Oder endlich die Exekution verwandelt sich in einen Krieg, in den wir unter den ungünstigsten inneren und äußeren Konjunkturen hineingetrieben würden. Dagegen ist der oldenburgische Antrag vollkommen den Umständen angemessen. Derselbe befreit Deutsch- land von den Fesseln, welche die Abmachungen von 1852 und aufer- legten; zwar ändert er für die Gegenwart nicht die trostlosen faktischen Zustände, aber er rettet die Zukunft; er stellt die schleswig-holsteinische Sache wieder auf ihre richtige Basis, und gibt uns für die Zukunft die Möglichkeit einer kriegerischen Aktion mit den richtigen Zielen und zu der für uns erwünschten Zeit. Aus den letzten Abseherhandlungen im dänischen Rumpfschiff konnte man deutlich erkennen, daß den Dänen nichts unerwünschter und gefährlicher sein würde, als die An- nahme des oldenburgischen Antrags. Die Folge davon würde sein, daß unaußersichtlich über ihrem Haupte das Schwert des Damokles hinge. Will man endlich auf die Wünsche der Schleswig-Holsteiner, um deren Schicksal es sich doch in erster Linie handelt, einige Rücksicht nehmen, so sind dieselben so oft und so unzweideutig ausgesprochen worden, daß man sich darüber nicht täuschen kann. Die Herzogthümer wünschen von den Verträgen von 1852 befreit zu werden. Wer das Gegentheil behauptet, sagt eine bewusste oder unbewusste Unwahrheit.

**Berlin, 19. Mai.** Der „Staatsanz.“ erklärt die Nach- richt, daß von Thorn aus 150,000 Zentner Mehl zur Ver- proviantierung der rheinischen Festungen abgegangen seien, für durchaus unrichtig. — Nach der „N. G. Kirchen- ztg.“ werden dem Flügeladjutanten Major Grafen Kanitz und dem Major Prinzen Keuff, welche bereits nach Madrid abgegangen sind, um sich der Deputation einflußreicher christ- licher Männer aus verschiedenen Ländern Europas anzuschließen, die bei der Königin von Spanien eine Fürbitte für die wegen Ansdung des protestantischen Glaubens verurtheilten Spanier einlegen soll, noch einige andere Deputirte, unter denen Graf Behr-Regendank genannt wird, folgen.

**Berlin, 20. Mai.** (W. L. V.) Der „Staatsanzeiger“ berichtet: Im Laufe des vorgestrigen und gestrigen Vormit- tags hat der König mehrmals an krampfhaften Nieren- schmerzen gelitten. Nach einer gut vollbrachten Nacht fühlte der König sich zwar noch angegriffen; doch ist das Befinden des- selben durchaus befriedigend. Se. Majestät hat gestern und heute keine Vorträge entgegengenommen.

Zu großer Ueberraschung sind gestern und heute im Bud- getaushuß militärische Vertreter des Marineministeriums erschienen. Wegen morgen herrscht vollständige Un- gewißheit.

\* **Berlin, 20. Mai.** In der heutigen Sitzung des Her- renhauses kam die polnische Frage zur Sprache, und

dieses Gesändnisses, blickte ich auf Lorenz. Sein ruhiges Gesicht lächelte mir einen ernten, stillen Trost zurück, während er noch einmal sanft seine Hand auf mein Haupt legte.

„Neben Sie mit ihr,“ drängte Mim; „sagen Sie ihr, daß Sie sie nicht verlieren. Um Ihrer Mutter willen vergeben Sie ihr; Gott weiß, was sie gelitten hat! Neben Sie mit ihr, Fräulein Elise, oder sie stirbt.“

„Wollens lieb' Mütterlein ist endlich da,“ sagte ich, und die wund- ervollen Kindestaugen leuchteten mit einem seltsamen Glanz, wie sie fest in die meinen schauten. „Rufe deine Mutter, Wellchen.“

„Mutter,“ hauchte das matte Stimmchen, und ein Lächeln, wie auf einem Bäcklein ein schwacher Mondenstrahl, schimmerte auf dem Gesicht des Kindes, wie es die sehnennden Augen von mir in eifriger Erwar- tung wandte — nicht vergebens, denn Felicie bugelte sich über es mit dem Leuchten heiliger Mutterliebe und Mutterangst in ihren vertrau- ten Zügen. Das Kind war zufriedengestellt, und schwach die kleinen Finger erbebend, ließ es sie einen Augenblick auf der Mutter Stirn und das sie überwallende Goldhaar spielend gleiten; aber nur einen Augenblick. Ein ferner, vergeßener Blick kam über das unschuldige Antlitz, und noch einmal redete es zu Felicien:

„Lebe wohl, Mutter,“ flüsterte es — im Vergehen des Todes.

— Man schreibt dem „Nürnb. Corr.“ aus Turin, 12. Mai: In Rom p eji werden die Ausgrabungen in thätigster Weise betrieben. Man fand dieser Tage eine Kinderwiege ganz nach dem in Europa gebräuchlichen Schaufelsystem. Ferner aus Holz geschnitzte Gladiatoren- kämpfe, Volksspiele, Schlachten u., welche mittelst einer Mechanik in natürliche Bewegung gesetzt werden können. Dieselben veranschaulichen mehr wie jedes Gemälde die Einzelheiten der Bewegung, Taktik und Plan der Aufstellungen, sowie die erstaunliche Fertigkeit der Gladia- toren. Dieser Fund hat das größte Aufsehen erregt.

zwar in einer Weise, wie sie bei der bekannten politischen Rich- tung dieses Hauses kaum übersehen kann. Anlaß dazu gaben 2 Petitionen aus einigen 70 Ortschaften des Großherzog- thums Posen mit ungefähr 900 Unterschriften, worin das Herrenhaus gebeten wird: „sich zum Vermittler des Amer- kenntnisses und des Dankes zu machen, welche das Land der königl. Staatsregierung den Angriffen des Abgeordneten- hauses gegenüber für die Maßregel zollt, welche sie zur Sicher- rung der östlichen Landesgrenze und zur Erhaltung der Ruhe und Ordnung in den betreffenden Landestheilen, namentlich in der Provinz Posen, ergriffen hat.“

Aus dem Bericht der Kommission geht hervor, daß der Ministerpräsident v. Bismarck derselben vertrauliche Aufklä- rungen über den gegenwärtigen Zustand der Provinz Posen und die Resultate der dort stattgehabten gerichtlichen Ermitt- lungen, sowie über einige wesentliche Bestimmungen der preussisch-russischen Konvention gab. Im Uebrigen ist der Bericht nur eine breite Darlegung und Rechtfertigung der Regierungspolitik, gespickt mit Angriffen auf die Auffassung der Mehrheit des Abgeordnetenhauses.

Schließlich stellt die Kommission den Antrag: „Das Her- renhaus wolle beschließen, die Petitionen der t. Staatsregie- rung zu überweisen, indem es sich denselben ausdrücklich dahin anschließt, daß es auch seinerseits der Staatsregierung seinen Dank ausdrückt für die entschlossene und feste Haltung, womit sie dem Aufstande im benachbarten Königreich Polen, durch alle Angriffe unbeeinträchtigt, gegenüber getreten ist und die preussischen Landestheile zu schützen gewußt hat.“

Dem Bericht fügt der Referent Hr. v. Waldaw seine persönliche Meinung bei. Der Zweck des Aufstandes sei jetzt offen ausgesprochen, er gehe auf die Wiederherstellung Polens von 1772 aus. Damit würde Preußen viel Landgebiet verlieren, Thorn, Danzig, ja selbst Dispreuen verlöre man, nehme es also nicht genau mit der Jahres- zahl. Ein solches Königreich Polen würde Deutschlands bitterer Feind im Rücken sein. Wie komme es da, daß in deutschen Parlamenten die Polen so vielen Sympathien begegnen? Das müßte bestimmte Gründe haben. . . . An der Spitze aller seit wenigen Jahren gebildeten Vereine stehen die Männer der Fortschrittspartei, wohl bekannt aus dem Jahr 1848; und Einer habe schon auf das Parlamentesher hingewiesen; um dies zu organisiren, wüßte man das königstreue Heer desorganisiren. Daraus erkläre sich Bismarck. Dieser Partei werde er entgegenzutreten, so lange er lebe. Warum trete sie nicht offen auf und nenne sich revolutionäre Umsturzpartei? Wie könne die Regierung diesem Treiben ruhig zu- sehen? Mit diesem Treiben komme es zum Umsturz. Und folge diesem auch die Ruhe, so bestiegen die gestürzten Dynastien doch selten oder dann nur auf kurze Zeit den Thron wieder. Die Zahl der ge- stürzten Dynastien soll nicht noch um eine vermehrt werden. Die Sympathien für die Revolution sind der Grund der Sympathien für Polen; jede Revolution erschüttert die Throne. Man kümmeret sich wenig oder gar nicht darum, ob Polen ruiniert, Taufende in den Tod gejagt werden, wenn nur die Revolution dabei gewinne. Wo in den fortschrittlichen Blättern seien denn die Mordmorde und Schand- thaten in Polen mit dem richtigen Namen bezeichnet worden? Wenn aber einer der Revolutionäre gemeckelt würde, da sollte man nur hören, wie die revolutionäre Meute klaffen würde. Warum nennt sich denn die Fortschrittspartei „die deutsche“ und nicht „die preu- sische“? Vielleicht, weil sie des preussischen Namens sich nicht würdig glaubt, oder weil die Führer kein preussisches Herz haben? Man verlangt das Bündniß mit Frankreich. Der borige Kaiser führt doch ein strammes Regiment und wer nur den tausendsten Theil von An- griffen gegen die Minister sich dort erlaube, wie dies hier geschieht, würde recht lange Zeit in Cayenne leben. Nach 1806 habe man auch von der Unterordnung unter Frankreich gesprochen: die das gethan, haben ungeheure Verachtung erernt. Die Regierung möge ja keine Konfession machen, außer etwa die: in Posen den Belagerungszustand zu proklamiren. Das sei ein guter Rath und den müsse man be- folgen, möge er kommen, woher er wolle. Preußen dürfe seine Selb- ständigkeit nicht aufgeben, sonst wäre es verloren, ohne sich je wieder aufzurichten zu können. Er bitte, man möge ihn mit Thatsachen, nicht mit Worten widerlegen.

Graf K r a i s s o wiederholt manche Ansichten seines Vordrners. Es handle sich jetzt in Preußen darum, ob die Krone oder die Revolution regieren solle; davon hänge die Ehre, der Bestand des Vaterlandes ab. Ob Diejenigen, die ein solches Spiel treiben, sich ihrer Zwecke bewusst sind, sei dahingestellt. Die große Masse folge dem gegebenen Impulse. Es befechtigen zwei sich widersprechende Prinzipien die Zeit: der trassische Idealismus und der roheste Materialismus, die ihre Einheit finden in dem Widerstreben gegen Gottes Ordnung; das ist das Ziel. Ein freies, selbständiges Polen ist die allerhöchste Gefahr für Preußen, auch wenn es von den Grenzen von 1772 Abstand nähme, denn es kann ohne Meer nicht leben. Rußland müßte seinen Schwerpunkt in Asien suchen; es werde mit dem freien Polen ein Kampf zwischen Slaven- und Germanenthum entbrennen, Oesterreich in Gefahr gera- then, zertrümmert zu werden, und das wolle gewiß Niemand.

Hr. v. C a s s o n: Die polnische Revolution sehe nicht tollt da, sie sei von der europäischen revolutionären Propaganda geführt und die Regierung habe sich mit den getroffenen Maßregeln den Dank des Hauses erworben. Möge sie fest auf ihrem Wege beharren.

Hr. v. S e n s t - P i l s a c h hält eine lange Vorlesung über die Ge- schichte Polens, so daß man sich in einen akademischen Hörsaal versetzt glauben könnte. (Inzwischen treten die Minister v. B i s m a r k und v. M ü l l e r ein.) Schließlich kommt Redner auf den Gegenstand der Debatte zurück. Im Königreich Polen — sagt er — herrsche jetzt das Gesetz des Mordmordes und des Gidbruchs, obgleich es dort viel brave Leute gebe, die nur dem Terrorismus unterliegen. Schottland sei nicht mehr selbständig und doch stehe es ehrwürdig in Europa da. Die Regie- rung habe mit mannhafter Treue den eingeschlagenen Weg verfolgt und dafür gebühre ihr Dank.

Hr. v. K e i s t - R e y o w: Wenn das andere Haus der Regierung gegenüber eine Richtung in dieser Frage einnehme, die von dem Aus- lande mit Wohlwollen aufgenommen werde, so dürfe das Herrenhaus nicht schweigen, um nicht in den Verdacht zu kommen, daß es diese Rich- tung theile. Das Herrenhaus fördere preussische Interesse, diese laufen denen der Demokratie, den Interessen der Revolution zuwider. Die Demokratie aber habe in allen Ländern dasselbe Interesse und könne also keine spezifisch preussischen Interessen haben. Die größte Gefahr wäre die Demokratie in Verbindung mit dem Auslande. Hr. v. Kirck- mann fordere offen die parlamentarische Regierung und dieser selbe Hr. v. Kirckmann, welcher das Königthum mediatisiren wolle, sei

nun im Begriff, seinen Platz als Appellationsgerichts-Präsident in Rastibor wieder einzunehmen. Die Natur der jetzigen Revolution gehe auf eine Herabdrückung der Obrigkeit aus, die sonst gar nicht erseht werden soll. Ueberall werde aber die deutsche Nationalität zurückge- drängt. Was sei denn die Fortschrittspartei, die gegenwärtig auf die Her- stellung eines eigenen Reiches an der östlichen Grenze ausgeht? Durch eine Aufsehung gegen die geschichtliche Ordnung Gottes erschwere und verlängere man die Leiden, die Obrigkeit aber sei jetzt vielfach mißachtet. Die Polen würden auch mit der Freiheit, mit den Grenzen Kongresspolen nicht zufrieden sein; sie wollten Alles wieder zurück, Land und Leute. Und das sollen wir der polnischen Wirthschaft, dem polnischen Reichthum, dem religiösen Drucke preisgeben? Und mit einer desorganisirten Armee solle man Polen und Frankreich, zwei gleich tapferen Armeen widerstehen? Jetzt habe die Regierung Beweise von Verschwendungen in Händen und sie sollte nicht dagegen aufpassen? Sollte dem revolutionären Brande ruhig zusehen? Es bestche eine Solidarität der revolutionären Interessen, wie es eine Solidarität der konservativen Interessen in der ganzen Welt gibt. Mit welchem Recht haben denn Frankreich und England so großes Interesse für Polen? Die Verträge von 1815 verleihen doch dieses Recht nicht, und was Rußland für Polen gethan, entspricht über das Maß jenen Verträgen. Solche Zustände, wie die jetzigen, sind nur durch die Diktatur oder andere energische Maßregeln zu heilen; Preu- ßen hat nicht intervenirt, nur seine Grenze beschützt, England und Frankreich haben mit ihren Voten weit mehr intervenirt. Der Verrag über die Konvention ist ein Zeichen, daß sie wohl bedungen war und einen guten Effekt gemacht hat. Englands große Freiheiten sind auf kon- servativen Grundsätzen basirt; England wird also so weit Polen unter- stützen, als es Rußland ärgern kann. England aber ist mißtrauisch gegen Frankreich und wird es auch in der polnischen Frage bleiben. Anders steht es mit Frankreich. Die öffentliche Meinung, die liberale Meinung, wie die katholische Kirche stehen dort Polen bei; Frankreich hat auch ein reelles Interesse an der Errichtung eines starken Polens, dieses „tapferen, treuen Bundesgenossen“. Rußland hat den Polen wohl größere Freiheiten gegeben, es ist aber undenkbar, daß es die Hand bieten sollte zur Herstellung eines unabhängigen Polens. Das verbietet ihm Ehre und Würde, die orthodoxe Kirche, und der Gedanke, sich nicht weiter nach Osten zurückdrängen zu lassen. Dank von Frank- reich werde es so wenig haben wie Oesterreich, dem für seine Theil- nahme am Krimkrieg mit dem Kriege in Italien gedankt wurde. Jetzt kann Rußland sehen, was es überhaupt von Frankreich zu erwarten hat. Mit Frankreich mag man freundliche Beziehungen unterhalten, aber jede Korbialität vermeiden. Oesterreich auch muß sich sagen, daß es sich Ruß- lands Haltung in Italien selbst zuschreiben hat, es muß zur Erkenntniß kommen, daß es sich mit Rußland und Preußen in der Frage einigt. Die heilige Allianz hat Europa den Frieden erhalten; seit ihrer Vernichtung stehen Rußland gebemüthigt, Oesterreich beraubt, Preußen allein noch unan- gelastet, aber eines von dem andern getrennt, dem übermächtigen Frankreich ge- genüber. Man hat Dmähgenannt. Dmähig war nothwendig zum Einlenken in eine konservative Politik. Nach allen Seiten hin hat das kräftige Austrit- ten, mit Veräußerung der realen Verhältnisse stets die besten Resultate ge- geben, dies ist auch der Fall mit den Maßregeln der Regierung an der polnischen Grenze. Was thut es, wenn einige Grundbesitzer und Handelskammern sich gegen diese Politik aussprechen? Handels- kammern kennen kein höheres Interesse als Kaufen und Verkaufen, der Ruhe bedürfen sie vor Allem. Die Regierung hat durch ihre Entschlossenheit in drei wichtigen Angelegenheiten das Ziel beauptet: sie hat die Reorganisation aufrecht gehalten, hat ohne Budget regiert, hat auswärtige Politik mit Erfolg gemacht. Sie wird auch fernern fest- stehen trotz aller Angriffe. (Beifall.)

Hr. H a s s e l b a c h will nur sein Votum motiviren. Die Regierung habe das Recht gehabt, die Bewohner Preußens zu beschützen und da- für habe sie den Dank verdient; dieser Dank könne aber nicht auf die gar nicht bekannte Konvention ausgebeht werden, und das müßte die Kommission ausdrücklich erklären; wird der Dank auf die Konvention ausgebeht, so müße er sich gegen den Kommissionsantrag erklären.

Die Diskussion ist geschlossen. Der Berichterstatter Hr. v. Waldaw antwortet, daß die Kommission über die Konvention kein Urtheil aus- sprechen könnte, nicht Tadel, nicht Lob, aber sie will die g a n z e Hal- tung der Regierung lobend anerkannt wissen, selbst wenn man mit einer einzelnen Handlung derselben nicht so ganz zufrieden sein sollte. Er bittet dringend, daß das Herrenhaus Preußen und dem Ausland das Beispiel geben möge, wie es politische Meinungen unterzuordnen wolle, den Blick auf den König gerichtet. Schließlich verliest er als Kuriosum das über ein Mißgöck des Hauses in einem Brief vom Nationalkomitee verhängte Todesurtheil. Der Ausgang des jetzigen Kampfes liegt in Gottes Hand; in des Menschen Hand aber liegt die Wahrung seiner Ehre, dem Herrenhaus gebietet die Ehre festzustehen zu der Regierung Sr. Maj. des Königs, unbeeinträchtigt die Zukunft. Das ist der Sinn des Kommissionsantrags.

Der Antrag wird fast einstimmig (Gegen Baumstark allein) ange- nommen.

**Posen, 18. Mai.** (A. Z.) Die Verhaftungen dauern in unserer Provinz in größtem Maßstab fort. Dg- gleich nur die am meisten Gravirten hieher transportirt wer- den, so sind doch gestern über 20, und heute fast eben so viele Gefangene hier eingebracht und in die Haftlokale des Forts Winiary abgeliefert worden. Mehr als die Hälfte sind Edelkute und Geistliche. Die Voruntersuchungskommission ist in voller Thätigkeit.

**Wien, 18. Mai.** Auf die Nachricht der „Allgem. Ztg.“, Preußen habe seinen Widerspruch dagegen fallen lassen, daß vor der Annahme des französischen Handelsvertrags mit Oesterreich über weitere Verkehrsvereinfachungen unterhandelt werde, bemerkt die offiziöse „Generalkorresp.“, daß hier von einem solchen Zugeständniß preussischer Seite nichts bekannt sei; sie kann jedoch hinzufügen, daß der Gebante, welcher sich in demselben ausdrückte, unter den Theilnehmern der General-Zollkonferenz mehr und mehr Boden gewinnt. Wenn der Berliner Korrespondent der „Allg. Ztg.“ hinzufügt: „Dagegen soll Oesterreich, wie man versichert, vorläufig auf seinen Eintritt in den Zollverein verzichtet haben,“ so erwie- dert die „Gen.-Korr.“: „In der Regel verzichtet man nicht auf dasjenige, was man gar nicht verlangt hat. Da nun Oesterreich den Eintritt in den Zollverein gar nicht verlangt hat, so war es auch nicht in der Lage, darauf zu verzichten.“

### Frankreich.

**Paris, 20. Mai.** Die H. H. Baroche, Vater und



Sohn, machen im Augenblick viel von sich reden. Letzterer, in etwas zweifelhafter Weise in die Wiers'sche Geschichte verwickelt, war offizieller Kandidat zum Gesetzgeb. Körper, bis vor kurzem die Regierung den General Mellinet statt seiner als solchen bezeichnete. Hr. Baroche hielt nichts desto weniger seine Kandidatur aufrecht; nun richtete Hr. v. Persigny ein Schreiben an den Präfecten mit dem Auftrage, die Kandidatur des Hrn. Baroche, welcher die Aufklärung über die Ursache seines Austritts aus dem Staatsdienst noch schuldig sei, zu bekämpfen. Hr. Baroche, Vater, ist, wie gestern schon gemeldet, erkrankt; ob in Folge der Gemüthsregung, wie Gerüchte sagen, lassen wir dahingestellt. Heute erfährt man, seine Erkrankung (Gesichtsrose) sei nicht unbedenklich, und ferner, er habe seine Entlassung als Präsident des Staatsraths eingereicht. Hr. Magne, welcher gestern in die Tuilerien berufen wurde, soll an Stelle des Hrn. Baroche wieder zum Minister ohne Portfeuille ernannt werden; Hr. Foul hat Paris heute Morgen verlassen, und in Finanzkreisen bringt man diese plötzliche Abreise mit der beabsichtigten Ernennung des Hrn. Magne in Zusammenhang. — Die „Zürcher“ veröffentlicht heute in der „Presse“ einen siebenseitigen Rechenschaftsbericht über ihre parlamentarische Wirksamkeit von 1858 bis 1863. Sie schließen ihre Darlegung mit folgenden Worten:

Wähler! Während 6 Jahren verlebten wir manche traurige Stunde. Seit 3 Jahren wenigstens sind wir in direkter Beziehung mit Ihnen; aber Sie können sich vorstellen, wie sehr wir von der Bitterkeit des Alleinlebens litten, als unsere Reden, in indirektem Style wiedergegeben nur ausnahmsweise und mit mehrjähriger Verspätung in den Zeitungen, außer dem „Moniteur“, erschienen. Wir hatten die Kraft, bis an's Ziel zu gehen und, erlaubten Sie uns beizuhelfen, unser Werk zu vollenden. Im Jahre 1857 fand man keine Kandidaten, heute sind sie Ueberflus. 1857 zählte die Enthaltung zahlreiche Anhänger, heute ist sie fast allgemein verdammt. . . . Wenn Sie uns noch Ihres Vertrauens würdig glauben, so werden wir stolz sein, von Neuem Ihre Erwählte zu sein. Wenn Sie denken, daß Andere besser seien, zu den Kämpfen welche sich vorbereiten, so ziehen Sie sie vor. Wenn wir dann in's Privatleben zurückgetreten sein werden, dann vergessen Sie nicht ganz die „Zürcher“, die nicht verzweifeln, als fast alle Staatsmänner (hommes politiques) verzweifeln und sich fern halten. Bewahren Sie Ihre Sympathie Jenen, die nicht wollen, daß die Geschichte eines Tages sagen könne, daß zu irgend einer Zeit das liberale Frankreich sich selbst überlassen blieb.

Die „Nation“ bestätigt heute, daß die kaiserl. Regierung sich dem englischen Vorschlage eines Waffenstillstandes in Polen anschloß, während man den Beschluß des Wiener Cabinets noch erwartet. — Man hat Nachrichten aus Puebla vom 17.; auch an diesem Tage dauerte der Widerstand noch fort, dessen Ende man weit entfernt war zu erwarten. Ich kann Ihnen die beschlossene Abfertigung von 10,000 Mann Verstärkung bestätigen. — Diese mexikanische Expedition gab bei der Wahlbewegung offenbar den Ausschlag, denn sie hat Alles gegen sich. — Hr. v. Lamartine ist durch einen Rheumatismus an's Bett gebunden; seine Gemahlin ist schwer leidend. — Der König der Belgier hat der Königin von Spanien den Großfordin des Leopold-Ordens überschickt. — Die „Patrie“ widerlegt das Gerücht von dem Eintreffen eines Sekretärs nebst eigenhändigem Schreiben des Königs von Preußen. — Die Börse war heute im Allgemeinen etwas fester. Rente stieg auf 10 C. auf 69.55, Kred.-Mob. auf 1430.

### Rußland und Polen.

**Von der polnischen Grenze, 19. Mai.** Das in dem Pariser Telegramm vom 19. d. erwähnte, vom „Gaz“ veröffentlichte Schreiben sollte angeblich vom preussischen General Lewald herrühren und an den russischen General Maslow in Wloclawek gerichtet sein. Es heißt in diesem Briefe:

Ich beehre mich nun, Sw. Hochwohlgebornen zu erlauben, mich über jede Ihrer Operationen an der preussischen Grenze zu benachrichtigen, damit ich dem entsprechend: Weisungen ergehen lassen kann. Gleichzeitig bemerke ich, daß an den angegebenen Punkten besonders preussische Infanterie und Kavallerieabtheilungen stationiren, und zwar (folgen nun die Namen der preussischen Stationen und der gegenüberliegenden polnischen Orte). . . . Die an den obigen Punkten kommandirenden preussischen Offiziere sind verpflichtet worden, alle Ihre Aufträge anzunehmen und mir mitzutheilen.

Was die Verfügung des Oberpräsidenten der Provinz Posen vom 9. Febr. betrifft, so ist, bemerkt die „Volksztg.“, dieselbe unzweifelhaft richtig; wenigstens ist bis jetzt die Richtigkeit nicht im Mindesten offiziell oder offiziös bestritten worden.

### Schweden und Norwegen.

**Christiania, 19. Mai.** Fürst Gartzoryski ist hier angekommen. Er wurde mit dem größten Enthusiasmus empfangen. Im Theater haben Kundgebungen zu Gunsten Polens stattgefunden. Der Präsident der Kammer hat sich zum Organ der allgemeinen Sympathie des norwegischen Volkes zu Gunsten Polens gemacht.

### Großbritannien.

**London, 19. Mai.** Im Oberhause hat Lord Russell auf eine Interpellation Lord Clanricarde's erklärt: Admiral Milne habe die Weisung erhalten, Kriegsschiffe nach Matamoros zu schicken, um die britischen Handelschiffe gegen die willkürlichen Beschlagnahmen der Amerikaner zu schützen.

**London, 20. Mai.** In der gestrigen Sitzung des Unterhauses lenkte Pope Hennessy (der bekannte katholische Polenfreund) die Aufmerksamkeit des Hauses auf Preußens Verhalten gegen Polen. Preußen habe anscheinend nicht allein die bewußte Konvention abgeschlossen, sondern handhabte dieselbe mit übermäßiger Strenge. Hennessy verliest den Brief eines polnischen Offiziers, demzufolge stehende russische Truppen von den preussischen Behörden beschützt, bewirkt, mit sammt den Waffen zurückgeführt und mit frischer Munition versorgt wurden, und fragt: Ist dies nicht eine Verletzung des Völkerrechts? Hennessy sagt ferner, die gesammte preussische Grenze sei militärisch besetzt, und

verließ einen andern Brief, den ein preussischer kommandirender Grenzdienst an einen russischen General schrieb. Dieser solle ihm, schreibt der preussische Offizier, frühzeitig jedwede Bewegung russischer Truppen an der Grenze mittheilen, damit er die erforderlichen Befehle erteilen könne. Hennessy fragt: Ist dies nicht ein Bruch des Völkerrechts? Hat England deshalb remonstrirt? Lord Palmerston erwidert: Der Neutrale muß dem Kriegführenden verbieten, sein Gebiet behufs eines vortheilhaften Angriffs zu benützen. Preußen vernachlässigte im Jahr 1832 diese Neutralitätspflicht, indem es den russischen Truppen gestattet, sein Gebiet zu überschreiten und die Polen rücklings anzugreifen. Dagegen verlegte Preußen diesmal nicht das Neutralitätsrecht, wenn es Russen ausnahm und den Zurückkehrenden ihre Waffen wieder gab, eben so wenig durch die Lieferung von Munition; denn während des Krimkrieges galt die Ansicht, daß die Neutrale den Kriegführenden Kriegsbedarf liefern durften, und eben so wenig endlich durch seine Grenzbewachung, welche die eigene Sicherheit bezweckt. Fitzgerald bemerkt, die Lieferungen von Kriegsbedarf sei wohl neutralen Unterthanen, aber nicht den neutralen Regierungen freigestellt. Lord Palmerston erkannte die Stichhaltigkeit dieses Einwandes an, und Hennessy wiederholte positiv, daß die preussischen Behörden den Russen Kriegsbedarf lieferten. Auf eine Bemerkung Griffith's erwidert Lord Palmerston: Der Neutrale erfülle mit der Entwaffnung der sein Gebiet betretenden Kriegführenden eine Pflicht weniger gegen die Kriegführenden, als gegen die Sicherheit der eigenen Unterthanen. Hiermit schloß die Konversation.

### Amerika.

**\* London, 19. Mai.** Der letzte Dampfer, welcher bis heute mit Nachrichten aus Amerika angekommen ist, war bekanntlich die „Persia“, die am vorigen Samstag den 16. d. in Queenstown anlegte, von welchem Orte aus dann wie gewöhnlich der Hauptinhalt der amerikanischen Post hierher telegraphirt wurde. Diese telegraphischen Mittheilungen erstreckten sich nur auf die Vorgänge bis zum Montag den 4. Mai. Wider Vermuthen wird nun gestern von Liverpool aus ein Auszug aus einem Extrablatt des „New-York Herald“ vom 6. Mai hierher telegraphirt, und heute erhalten wir den vollständigen Text des Extrablattes. Wie es zugegangen ist, daß in den von Queenstown aus eingetroffenen Depeschen von jenem Extrablatt und von den in ihm enthaltenen und bis zum 5. d. gehenden Nachrichten keine Erwähnung geschehen, und daß letztere erst drei Tage später zur öffentlichen Kenntniß gelangen, ist uns nicht ganz klar; jedenfalls müssen bedeutende Sonderinteressen dabei im Spiele sein. Der Hauptinhalt des gestern bereits kurz angebeuteten Extrablattes ist folgender:

Der 4. Mai (Montag) war ein ziemlich ruhiger Tag, bis gegen Abend Hooker eine Division des 5. Armeekorps zur Rekonnostrirung der feindlichen Stellung ausrichten ließ. Die Division bewegte sich in Schlagslinie vorwärts bis zum Gehölze, in der Richtung von Fredericksburg. Im Gehölze stießen sie auf die Vorposten des Feindes und mußten sich zurückziehen, worauf die Hauptarmee vorrückte und den Feind bald auf einem Abhange gegenüber ihrer Position in einer starken doppelten Schlagslinie aufgestellt fand. Es entspann sich darauf ein lebhaftes Gefecht, an welchem die Batterien der Unionstruppen Theil nahmen. Nach einem halbständigen heftigen Musketen- und Geschützfeuer sah der Feind sich gezwungen, in ziemlicher Unordnung den Rückzug aus seiner Position zu bewerkstelligen. Die Unionstruppen kehrten darauf in ihre anfängliche Stellung zurück und ruhten aus. General Sedgwick, welcher mit 15- bis 20,000 Mann von der linken Flanke aus vorgeht war, stieß am 4. d. (Montag) auf den von Lee gegen ihn abgeschickten General Longstreet, und es erfolgte in der Nähe von Banks Ford ein blutiges Treffen; General Sedgwick konnte sich gegen den übermächtigen Feind nicht halten und zog sich unter dem Feuer des Feindes während der Nacht vom 4. auf den 5. über den Fluß zurück. Nachdem er diesen Uebergang nicht ohne schwere Verluste, doch in guter Ordnung ausgeführt, marschirte er direkt auf United States Ford zu, um zu der Hauptarmee zu stoßen. Bei Tagesanbruch (d. 5.) hatten die Südstaatlichen auf den Höhen am südlichen Ufer des Rappahannock eine Aufstellung genommen, und eröffneten ein heftiges Geschützfeuer auf die am nördlichen Ufer positionirten Trains der Unionstruppen. — Die Stadt Fredericksburg ist noch im Besitze einer Hooker'schen Abtheilung; dagegen sind die östlich gelegenen Höhen von den Südstaatlichen besetzt.

### Baden.

**Freiburg, 20. Mai.** (Oberh. Kur.) Hr. Prof. Dr. Kuhn auf, von der Universität Erlangen hierher als Professor der speziellen Pathologie und Therapie, sowie als Direktor der medizinischen Klinik berufen, hat heute, nach herkömmlicher Sitte, seine feierliche Antrittsrede gehalten. Er behandelte ein großes und schweres Thema. Er verfolgte die Medizin von ihren ältesten Zeiten bis zur Gegenwart, indem er stufenweise ihre Fortschritte als Erfahrungswissenschaft aufzeigte und die Hilfsmittel aufwies, welche sie ergriffen und ferner zu ergreifen hat, um eine exakte Wissenschaft und Kunst zu werden. Das zahlreiche Auditorium folgte mit gespanntester Aufmerksamkeit der geistreichen und gelehrten Entwicklung des Themas, und es wird die Ueberzeugung gewonnen haben, daß der rechte Mann an diese wichtige Stelle gelangte.

**# Konstanz, 20. Mai.** Die gestrige Nachricht von dem Unfall auf der Nordostbahn bei Müllheim ist dahin zu berichtigen, daß das Unglück nicht ganz so groß ist, als die erste Mittheilung es erscheinen ließ. Nur ein Kondukteur ist seiner Verletzung erlegen, während zwei Lokomotivführer fast hoffnungslos darnieder liegen; der schwerere Verwundeten sind es neun oder zehn. Die beiden Lokomotiven sind vollständig ruiniert, und auch die Personenwagen des Schnellzuges sind so stark beschädigt, daß es zu verwundern bleibt, wie die zahlreichen Reisenden in denselben zum Glück nicht noch mehr verletzt worden sind. Wäre der andere Zug nicht schon in Ruhe gestanden, so wäre die Katastrophe furchtbar geworden.

Mit großer Freude ist es vernommen worden, daß beabsichtigt werden soll, die Probefahrten vom 12. Juni an zu beginnen und die Bahn am 15. Juni zu eröffnen.

**Δ Aus Baden, 19. Mai.** Aus dem Nachlasse des verewigten Febr. v. Wessenberg ist seiden eine sehr werthvolle Gabe in der Wagner'schen Buchhandlung in Freiburg erschienen, ein historisches Drama unter dem Titel: „Kaiser Friedrich der Zweite von Hohenhausen. Ein Trauerspiel in 5 Aufzügen.“ — Der Höhepunkt deutsch-nationaler Geschichte, der tief dramatische Gehalt der Hohenhausen-Geschichte ist schon öfters bis in die neueste Zeit von namhaften Dichtern dramatisch bearbeitet worden, ohne daß eine dieser Leistungen den unbeschränkten Anspruch auf ein ächt nationales Drama machen kann. Der eigentliche Grund hiervon liegt noch weniger in den Dichtern als in ihrer Zeit, und diese Erscheinung allein würde schon hinreichend andeuten, daß uns ein wahres Nationales, aus dem auch der begabteste Dichter erst die rechte Weisheit erhält, zur Zeit noch abgeht. Um so billiger werden wir, wie der Herausgeber, der Biograph Wessenberg's, bemerkt, die dramatischen Leistungen eines katholischen Kirchenprälaten, der schon eine erste äußere Anforderung, die Bedürfnisse der Bühne, wenig kennt, beurtheilen müssen. In der That hat unser fruchtbarster heimathlicher Dichter die dramatische Form zu mehreren seiner größern poetischen Schöpfungen nur gewäh't, um durch jenes Mittel gewisse Gedanken und Ideen, die seine Seele bewegten, recht anschaulich zu machen. Seine Dramen sind darum eigentlich Gelegenheitsdramen in dramatischer Form, in der Weise, wie etwa das Buch Job es ist. In dem vorliegenden Drama wählt Wessenberg aus der Geschichte des größten aller deutschen Kaiser jene bedeutungsvollen Momente aus und führt sie mit historischer Treue uns vor, wie sie auch heute noch zu einem Spiegelbild der Gegenwart, ihrer Kämpfe und Gegensätze, dienen können. Er entwirft uns ein recht eindringliches dramatisches Gemälde der trüben Nachtseite des hierarchischen Regiments und seiner frevelnden Ausschreitungen gegen göttliches und menschliches Recht, wozu es der Dämon maßloser Herrschsucht treibt. Der fromme Kirchenprälat und muthige deutsche Patriot hat in diesem dramatischen Gemälde gleichsam seine ganze Seele ausgegossen, seinen Landeuten zur Belehrung und Warnung, und er bezieht zugleich sein eigenes unverzagtes Ringen und mannhafte Kämpfen für Licht und Wahrheit, wenn er seinem Helden die Worte in den Mund legt: „O Gott! so lang dein Odem mich befehlet, streb' ich auf's Ziel, wozu ich dich gestrebt.“ Auf die Entscheidung ziele all mein Trachten: Ob's endlich tagen soll, ob ewig nachten?! . . .

**Frankfurt, 20. Mai.** (Frkf. Bl.) Vor einer Versammlung von 4 bis 500 Personen im Saale der „Harmonie“ hielt Hr. Laßalle, den Schluß seines am Sonntag unterbrochenen Vortrags. Den Vortritt führte Hr. Dr. Theob. Müller. Die Rede Laßalle's dauerte 2 Stunden; schließlich stellte er folgenden Antrag: „Die Versammlung der Frankfurter Arbeiter beschließt, auf Grund des Laßalle'schen Programms den gesagten Beschluß der Leipziger Arbeiter beizutreten und aus allen Kräften für das Zustandekommen und die Ausbreitung des allgemeinen deutschen Arbeitervereins zu wirken, und demgemäß Deputirte zu dem am 23. Mai stattfindenden konstituierenden Versammlung des allgemeinen deutschen Arbeitervereins nach Leipzig zu senden.“

Außer Hrn. Laßalle ergriffen noch einige Arbeiter, darunter einer aus Offenbach, das Wort, und richteten theils Fragen an Laßalle, theils sprachen sie sich für oder gegen ihn aus. Hr. Heymann erinnert schließlich an die vorgeschrittene Zeit und verlangt, daß die Versammlung sich für Schluß der Debatte erklären möge. Auf erbobenen Widerspruch gegen die Rechtmäßigkeit dieser Abstimmung erklärt der Präsident, daß jede Versammlung das Recht habe, den Schluß der Debatte zu bestimmen. Zur Ordnungsfrage erhält Hr. Stork (Stodschiffant und Sprecher des hiesigen Turnvereins) das Wort und protestirt gegen jede Abstimmung, indem die Einladung des Komitee's nur auf das Anhören des Laßalle'schen Vortrags, nicht aber auf Abstimmung laute; er begreife nicht, wie man die heutige Versammlung als eine Fortsetzung des sonntägigen Arbeitertags ansehen könne. Wenn mit ehrlichen Waffen gekämpft werden solle, so müsse man vorher sagen, was man wolle, erst dann sei man ehrenhaft. Hr. Müller-Kenz verlangte nun das Wort, um gleichfalls zu protestiren. Es entstand jedoch ein großer Tumult, Fäuste erhoben sich drohend gegen ihn, gelbes Pfeifen erschallte im Saal, der Führer der Laßalle'schen Partei, Hr. Strauß, erhob sich, und der Ruf ließ sich hören: „Schmeiß ihn hinaus!“ Hr. Müller-Kenz trat inzwischen persönlich an Hrn. Laßalle und erklärte ihm, daß er am Sonntag selbst dem Centralkomitee gegenüber sich für eine Vertagung auf vier Wochen ausgesprochen und erklärt habe, alddann zur Versammlung wiederzukommen zu wollen. Ob das ehrlich sein heiße? Schon glaubte man, der drohende Sturm werde losbrechen, doch das Gewitter verzog sich allmählig, und Hr. Strauß setzte sich wieder. Hr. Stork erklärte nun zum zweitenmal, daß die heutige Versammlung keine Fortsetzung der sonntägigen sei, und forderte Alle auf, die mit ihm einverstanden seien, den Saal zu verlassen. Dies geschieht. Etwa 50 bis 60 Theilnehmer verlassen den Saal mit einem Hochruf auf Schulz-Dehlig'sch.

Auf die allgemeine Aufforderung: man möge die Zahl der noch Anwesenden konstatiren, erklärt eine Stimme: es seien noch über 400 Anwesend. Dieser Schätzung wird nicht widersprochen und es erfolgt nunmehr die Abstimmung zu Gunsten Laßalle's mit allen Stimmen gegen eine. Etwa 30 bis 40 der Anwesenden haben sich der Abstimmung ganz enthalten. Sodann wurde Hr. Heymann zum Delegirten nach Leipzig ausgeschieden und zu diesem Zwecke eine Sammlung eröffnet. „Als schließlich“ schreibt die „Südd. Ztg.“ — zur Unterzeichnung der Liste des Leipziger Arbeitervereins aufgefordert wurde, da zeigte es sich, was die Abstimmung über den Antrag eigentlich hatte sagen wollen. Fast kein Einziger unterzeichnete, die Mehrzahl wohl nicht, weil sie überhaupt nicht für Laßalle war, sondern das Ganze nur als Spaß behandelt hatte, die andern nicht, weil sie vielleicht dachten, es müsse Geld bezahlt werden. Genug, der Saal leerte sich sehr rasch unter großem Tumult.“

Verantwortlicher Redakteur:  
Dr. J. Hermann Kronlein.

### Großherzogliches Hoftheater.

**Freitag 22. Mai. 2. Quartal. 68. Abonnementvorstellung. Die Zauberköche; Oper in 2 Akten, von Mozart. — „Pamina“: Frln. A. Mayer; „Erste Dame“: Frln. K. u. H. aus Mannheim, als Gäste.**

**Montag 25. Mai.** Mit allgemein aufgehobenem Abonnement. Zum ersten Male wiederholt: **König Enzo; Oper in 4 Akten, von Abert.**



